

Mittelstand und Wirtschaftsformen nach dem Kriege.

Je mehr die Aufgaben und Streitfragen der Übergangswirtschaft in den Kreis der politischen Erörterung treten, desto stärker bilden sich die gegensätzlichen Meinungen heraus und erwarten von der Durchsetzung ihres alleinseligmachenden Standpunktes alles Wohl und jede glückverheißende Lösung. Die Freiwirtschaft, die Staatsyndizierung, lauten die beiden Lösungen. Die Begründungen, die von Theoretikern oder Interessenverbänden in die Öffentlichkeit geschleudert werden, tragen zwar die mannigfachsten Gewänder; geht man aber der Fülle der Richtlinien auf den Grund, so stößt man immer wieder nur auf diese Gegenpole wirtschaftlichen Wollens. Die Erklärungen der Regierung trachten zwar nach Kompromissen, doch tragen diese nur den Charakter einer vorläufigen taktischen Vermittlung. Um niemanden frühzeitig vor den Kopf zu stoßen, wartet man vorsichtig ab, welche Auffassung schließlich die stärkere Durchschlagkraft aufbringen kann.

Darum erscheint es doppelt angebracht, von einer Warte aus diese Probleme zu beleuchten, die zwar nicht völlig unparteiisch, aber doch vorurteillos genug sein kann, um den Kampf der Interessen sachlich zu werten. Je einflussreicher ein Erwerbsstand im parteipolitischen Leben dasteht, desto leichter wird es ihm natürlich, seinen ökonomischen Wünschen Nachdruck zu verleihen. Industrie und Handel stehen geschlossen auf der einen Seite und lehnen jede staatliche Einschränkung des freien Wirtschaftslebens entschieden ab. Alle um den „Hansabund“ gescharten oder ihm nahestehenden Gruppen gehören in dieses Lager und predigen in ihren Entschuldigungen unermüdet das Evangelium vom freien Innen- und Außenhandel. Sie sind natürlich nicht so unklug, zu sagen: unter diesem Zustand können wir am besten verdienen, sondern erklären, daß sie so die Bedürfnisse der Verbraucher am billigsten und besten befriedigen können.

Wer stellt nun aber das große Heer der Verbraucher dar, dem hier mit schöner Zukunftsmusik solche edlen Dienste angeboten werden? Da handelt es sich doch vornehmlich um zwei große Gruppen des Gesamtlebens, um den Mittelstand und die Arbeiterschaft. Diese hat denn auch zu den Lockrufen der Industrie- und Handelswelt oft und nachdrücklich Stellung genommen, und zwar im schroff ablehnenden Sinne. Der Mittelstand dagegen, in keiner politischen oder berufsständischen Organisation zusammengeschlossen, war überhaupt noch nicht in der Lage, diese Dinge vom Gesichtspunkt seiner Interessen aus zusammenfassend zu prüfen. Er steht zwischen zwei Feuern. Hat er etwa von einer reinen Sozialwirtschaft wahrhafte Förderung zu erwarten, oder soll er sich den Freihändlern in die Arme werfen?

Sehen wir uns zunächst die sozialistischen Wirtschaftsprogramme einmal näher an. Hier handelt es sich um keine so leicht zu überschauende Einheit wie bei den industriellen Freihändlern. In der Volkswirtschaft des 19. Jahrhunderts war die Staatswirtschaft im merkantilistischen Sinne mehr und mehr zurückgedrängt worden. Als in den letzten Jahrzehnten die sozialökonomischen Tendenzen wieder stärker zur Geltung gelangten, traten sich Staats- und Klassensozialismus schroff gegenüber. Man darf behaupten, daß durch den Krieg wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet dieser einseitige Klassensozialismus zugunsten des Staatssozialismus von den politischen Führern unserer Arbeiterschaft aufgegeben ist. Zum Beweis diene das von Wilhelm Jansson herausgegebene Buch: „Monopolfrage und Arbeiterklasse“, in dem unter gewissen Vorbehalten das staatliche Zwangssyndikat für die künftige Wirtschaft empfohlen wird, da die reine Sozialwirtschaft noch am ehesten Schutz vor der privaten Ausbeutung biete. Es wäre das die konsequente Fortsetzung der sozialdemokratischen Wünsche über die Gestaltung unseres Kriegsernährungssystems. Völlige Ausschaltung des freien Handels, Zwangserfassung der gesamten Vorräte und rein demokratische Verteilung der erzeugten Güter — darauf läuft es hinaus.

Nun hat noch eine andere Art von Staatssozialismus während des Krieges zahlreiche Anhänger gewonnen, man hat diese Richtung als einen plutokratischen Sozialismus bezeichnet, obwohl sich ihr bekanntester Vertreter, Walter Rathenau, gegen diese Auslegung verwahren würde. Rathenaus Wirtschaftsprogramm ist tief philosophisch fundiert, hat deshalb aber die theoretischen Eierschalen niemals abstreifen können. Er glaubt, daß dieser Krieg einen neuen wirtschaftlichen Gemeinschaftsinn erzeugt habe; diesen gelte es zum Wohl des Ganzen zu organisieren. Alle großen nationalwirtschaftlichen Ueberschüsse sollen dem Staat zugute kommen und dann wiederum die schöpferischen Kräfte